



Tom Abele – Fraktionsvorsitzender – 88400 Biberach – Hainbuchenstr. 36 – Tel. 07351 3400722

**Antrag der CDU-Fraktion  
über den Oberbürgermeister der Stadt Biberach  
an den Gemeinderat der Stadt Biberach**

Biberach, 19.10.2015

Antrag-Nr.: AT 11/2015	Eingang bei 1013  19.10.2015
An federführendes Amt: WWB	
Kopien an beteiligte Dezernate/ Ämter GR, I, II, III, IV, 32, 10, 1013	

**Bedarf an Wohnraum - Antrag der CDU-Fraktion**

**Beschlussantrag:**

Die CDU Gemeinderatsfraktion beantragt:

1. Die Verwaltung erstellt eine jährliche Fortschreibung des Bedarfs an Wohnraum für besondere Zielgruppen und führt dazu Erhebungen durch. Es erfolgt ein jährlicher Bericht im Gemeinderat mit Benennung der zu realisierenden Handlungsziele fürs Folgejahr.
2. Die Verwaltung erstellt einen – jährlich fortzuschreibenden – Lagebericht zur Lebenssituation von Menschen in benachteiligten Lebensverhältnissen in der Stadt (Bedürftige, Flüchtlinge, Menschen mit Behinderungen...) und entwirft einen Plan, welche weitergehenden Maßnahmen erforderlich sind und umgesetzt werden sollen.

**Begründung**

Mit der Informationsvorlage Nr. 188/2014 wurde der Gemeinderat am 03.11.2014 darüber informiert, dass statistisch ein einigermaßen ausgeglichenes Verhältnis zwischen dem Angebot und der Nachfrage von günstigem Wohnraum (unter 6 €/m²) besteht. Der Gemeinderat nahm aber auch zur Kenntnis, dass in der Praxis – so die Rückmeldung von Fachstellen und sozialen Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege – mindestens rund 60 Personen mit eingeschränkter Alltagskompetenz auf dem bestehenden Wohnungsmarkt konstant nicht in günstigen Wohnraum vermittelt werden können. Von Seiten der Verwaltung wurde darum die Schaffung zusätzlicher Wohneinheiten – über die Erstellung des Gebäudes Otto-Schlecht-Str. 2 hinaus - angekündigt.

Informationsvorlage Nr. 188/2014 klammerte in ihrer Betrachtung den Zuzug von Flüchtlingen noch aus. Dies kann nach den wesentlich höheren Zuweisungen von Flüchtlingen und der Neuschaffung von zusätzlichen Plätzen für Flüchtlings-Gemeinschaftsunterkünfte in Biberach

nicht mehr außer Acht bleiben. Bis Jahresende werden in der Stadt mehr als 500 Flüchtlinge erwartet.

War die Stadt bislang nicht für die Bereitstellung von Wohnraum in der Anschlussunterbringung belangt worden, wird dies künftig in hohem Maß erforderlich sein. Schon jetzt zeigt die Erfahrung, dass die in den Landkreis Biberach in die Landgemeinden zugeteilten Flüchtlinge tendenziell möglichst bald Wohnraum – und Arbeit - im städtischen Bereich suchen.

Damit kommt es zur Konkurrenzsituation auf dem Markt für günstigen Wohnraum von Flüchtlingen und Menschen mit eingeschränkter Alltagskompetenz und prekären Lebenssituationen.

Die Verwaltung wird aufgefordert,

- die Bedarfserhebung von Wohnraum für besondere Zielgruppen jährlich fortzuschreiben
- Maßnahmen zu benennen zur Linderung der Wohnraumknappheit
- weitere Maßnahmen zu benennen, die sich besonders auch aus dem vermehrten Zuzug von Flüchtlingen in der Stadt ableiten (z.B. in den Bereichen Bildung, Sozialarbeit, Sicherheit, Beschäftigung, ...)

**Wir bitten um Zustimmung.**